

Antrag L01: Fortschritt statt Rückschritt, soziale Gerechtigkeit statt sozialer Spaltung!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

- 1 Zur Halbzeit der Bundesregierung lässt sich feststellen: Die Abfolge von Krisen
2 hört nicht auf, aber die Fähigkeit und Bereitschaft, politisch angemessen darauf zu
3 reagieren, scheint von Tag zu Tag zu schwinden. Getrieben von der FDP, legt sich
4 die Ampel zunehmend auf eine Deflationspolitik fest: Im Haushalt wird gekürzt, die
5 staatlichen Investitionen sinken, das Wachstum wird gedrosselt, die soziale
6 Spaltung nimmt zu.
- 7 Das Gegenteil wäre nötig. Angesichts der enormen Herausforderungen durch Klima- und
8 Energiewende, aber auch den hohen Rückstand an Investitionen in Infrastruktur,
9 Bildung, Gesundheit und Innovation, ist eine kreditfinanzierte Zukunftsoffensive
10 erforderlich, um den Umbau innerhalb der nächsten 10 Jahre zu schaffen und dabei
11 für sozialen Ausgleich und Teilhabechancen zu sorgen. Bis der Umbau gelingt, müssen
12 wirtschaftliche Verwerfungen überbrückt werden, z.B. durch einen
13 „Brückenstrompreis“, der den Strompreis für energieintensive Unternehmen so lange
14 absenkt, bis der Ausbau der Erneuerbaren Strom wieder hinreichend verbilligt.
- 15 Parallel dazu ist Umverteilung notwendig, um das wirtschaftliche Abgehängtwerden
16 der unteren Einkommenshälfte zu beenden und umzukehren: Durch die Besteuerung hoher
17 Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne und substanzielle
18 Transfers hin zu niedrigen und mittleren Einkommen, aber auch durch Preiskontrollen
19 wie einen Mietendeckel für Wohnen und Gewerbe. Der Staat muss klare Ziele und
20 Rahmen für den technologischen Wandel setzen und selbst unternehmerisch aktiv
21 werden. Mit pauschalen Steuersenkungen, „Technologieoffenheit“ und Privatisierung
22 wird die Lage nur schlimmer.
- 23 **Umverteilung von unten nach oben?! Die Politik der Ampel verstärkt Ungleichheit,
24 anstatt sie zu bekämpfen!**
- 25 Erschreckend ist die Prioritätensetzung für Einsparungen im Haushaltsentwurf der
26 Bundesregierung: Im sozialen Bereich, etwa beim Bundesfreiwilligendienst, bei
27 Programmen für Familien, beim Wohngeld, bei der Umsetzung der UN-
28 Behindertenkonvention oder beim Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt, stehen
29 massive Kürzungen ins Haus. Genauso bei der politischen Bildung und beim
30 Katastrophenschutz – in Zeiten der Zunahme rechter Gewalt und der steigenden Gefahr
31 von Umweltkatastrophen durch den Klimawandel fatale Prioritätensetzungen. Die
32 Kindergrundsicherung wurde von ursprünglich anvisierten 12 Milliarden
33 heruntergekürzt auf 2,4 Milliarden. So kann in Armut aufwachsenden Kindern nicht
34 geholfen werden! Zynisch, dass Finanzminister Lindner dann auf geflüchtete Familien
35 und vermeintlich arbeitsfaule Alleinerziehende verweist, um von seiner eigenen

36 politischen Verantwortung als Bundesfinanzminister für die Chancen armer Kinder in
37 Deutschland abzulenken.

38 Die Haushaltsplanung der Bundesregierung zeigt, dass sie für soziale Gerechtigkeit
39 und eine offene, demokratische Gesellschaft zwar gerne schöne Worte bemüht, am Ende
40 aber nicht bereit ist, dafür notwendige Investitionen zu tätigen. Dabei wissen alle
41 spätestens seit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Aufrüstung der
42 Bundeswehr, dass es eben doch möglich ist, Geld zu mobilisieren, wenn der Wille
43 dafür da ist. Noch deutlicher wird dies am vorgelegten Entwurf für das 6 Milliarden
44 schwere „Wachstumschancengesetz“, das Unternehmen entlasten und damit Anreize für
45 Investitionen setzen soll. Während es für Unternehmen pauschale Steuersenkungen und
46 Blanko-Subventionen gibt, wird einkommensschwachen Haushalten und vor allem
47 einkommensschwache Familien jeder Euro in Frage gestellt. Scurrilerweise soll das
48 „Wachstumschancengesetz“ des Bundesfinanzministers zu überwiegenden Teilen aus den
49 Kassen der Länder und Kommunen finanziert werden, auch wenn vollkommen klar ist,
50 dass das für die meisten überhaupt nicht leistbar ist und zu weniger öffentlichen
51 Investitionen führen wird. Es braucht jetzt eine ernsthafte Politik für mehr
52 soziale Gerechtigkeit und Umverteilung, um Armut und die Ungleichheit der
53 Wohlstandsverteilung in Deutschland ernsthaft anzugehen! Wir setzen uns an der
54 Seite von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Betroffenen für eine Politik ein, für
55 die Solidarität nicht nur eine Marke, sondern gelebte soziale Gerechtigkeit ist!

56 **Gegen die Normalisierung des Rechtsrucks – klare Kante gegen Rechts!**

57 Mit Sorge sehen wir ein gesellschaftliches Klima, in denen rechte, rassistische,
58 antisemitische, queerfeindliche und antifeministische Positionen immer mehr Raum
59 erhalten. Seit der Bundestagswahl 2021 hat die AfD ihre Umfragewerte auf
60 Bundesebene verdoppelt. Seit der Bundestagswahl versuchen sowohl Politiker*innen
61 der oppositionellen Union, als auch der Ampel-Parteien, mit rechtspopulistischen
62 Aussagen oder Politik zu Lasten universeller Rechte und der Demokratie,
63 Wähler*innen von der AfD zurückzugewinnen – offensichtlich ohne Erfolg. Wir
64 verurteilen diese Anbiederung an den Rechtspopulismus, denn sie ist eine feige
65 Politik auf dem Rücken vulnerabler Gruppen. Egal ob die SPD Innenministerin eine
66 menschenunwürdigere Abschiebepolitik als ihr CSU-Vorgänger macht, CDU-geführte
67 Landesregierungen in ihren Schulen das Gendern verbieten, der FDP-Finanzminister
68 Kinderarmut mit Migration und der vermeintlichen Arbeitsunwilligkeit
69 alleinerziehender Eltern begründet oder der FDP-Justizminister im Entwurf für das
70 Selbstbestimmungsgesetz Misstrauen gegen transidente Personen schürt – das hat
71 reale Konsequenzen für diejenigen, die von dieser Politik betroffen sind.

72 Wir verurteilen in aller Deutlichkeit das Wettbieten der bürgerlichen Parteien um
73 die Aushöhlung des Rechts auf Asyl und die migrationsfeindlichste Programmatik.
74 Anstatt gute Politik für mehr Gerechtigkeit zu machen, versuchen sich alle von
75 Grünen bis zur CSU durch Vorschläge zu schnelleren Abschiebungen, Abschreckung
76 durch (noch) schlechtere Sozial- und Gesundheitsleistungen und Grenzabriegelung zur
77 Abwehr von Geflüchteten in den Landtagswahlkämpfen zu profilieren. Dieser feige
78 Populismus auf dem Rücken von Geflüchteten zahlt einzig auf das Konto der AfD ein
79 und stärkt eine Rechtsverschiebung des politischen Diskurs nach rechts. Soziale

80 Ungerechtigkeit wird nicht durch das Treten nach unten, sondern durch Umverteilung
81 von oben nach unten bekämpft!

82 Auch in Bremen stellt die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft Anfragen, die das
83 Bündnis Deutschland offensichtlich von rechts überholen sollen. Die Anfrage „Wird
84 die Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof staatlich finanziert?“ stellte in
85 dieser Hinsicht einen vorläufigen Tiefpunkt dar. Wir verurteilen diese Politik der
86 politischen Entgleisung aufs Schärfste, denn sie spielt nur den Rechten in die
87 Karten. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Wohnungslose und Drogenkranke
88 nicht verdrängt und kriminalisiert werden, sondern dass ihnen soziale und
89 gesundheitliche Hilfen angeboten, ihre Rechte verteidigt und ihre Anwesenheit in
90 der Stadtgesellschaft respektiert wird. Wir wollen keine Politik des „aus den
91 Augen, aus dem Sinn“, sondern eine, die gegen die Ursachen von Armut und
92 Verelendung vorgeht!

93 Die rechtspopulistische Empörungskultur ist eine Ablenkungsideologie. Ein platter
94 Kulturkampf und das Präsentieren von Sündenböcken sollen vermeiden, dass
95 Verteilungsfragen, soziale Ungleichheit, Marktregime und Autarkiepolitik als reale
96 Ursachen von Abstiegsbedrohung und Armut thematisiert werden. Aus dem
97 rechtspopulistischen Feld kommt nichts an Forderungen, die geeignet wären, die
98 soziale und wirtschaftliche Lage der unteren und mittleren Einkommen nachhaltig zu
99 verbessern, strukturelle Ungleichheit zu bekämpfen oder neue und bessere Jobs zu
100 schaffen. Die Idee, die breite Mehrheit der Gesellschaft könnte langfristig davon
101 profitieren, wenn Deutschland sich dem klimapolitischen Umbau verweigert, auf
102 Abschottung gegen Zuwanderung setzt, ein innenpolitisches Klima von Vorurteilen und
103 Intoleranz schafft und sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland
104 isoliert, ist schlichtweg grotesk. Weil aber die Angst vor Veränderung, staatlicher
105 Gestaltung und solidarischer Umverteilung auch im demokratischen Parteienspektrum
106 immer mehr um sich greift, kann dieser Unsinn sich entfalten.

107 Während in Bayern 2021 durchschnittlich 115.000 Euro pro Sterbefall vererbt wurden,
108 sind es im Osten der Republik weniger als 20.000 Euro - wobei auch in Bayern drei
109 Viertel leer ausgehen, während 1 Prozent der Erben Vermögen von jeweils über 5
110 Millionen erben. Während sich industrielle Forschung und Entwicklung, und damit
111 sichere und höher bezahlte Jobs, hauptsächlich im Süden konzentrieren, sind die
112 Ansiedlungen in den nördlichen Bundesländern häufig eher „verlängerte Werkbänke“,
113 mit entsprechend höheren Beschäftigungsrisiken. Die Verteilung von Ressourcen und
114 Risiken wird immer ungleicher. Während die Bundesregierung die
115 Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose kürzt, verschenkt Lindners
116 „Wachstumschancengesetz“ jährlich 70 Millionen, damit in Zukunft noch dickere
117 Dienstwagen steuerlich absetzbar sind. Das sind die Themen, über die gesprochen
118 werden muss, nicht über noch mehr Abschottung, angebliche „Cancel Culture“ oder den
119 Untergang des Abendlands.

120 Wir setzen auf Veränderung und auf eine Politik der sozialen Sicherheit durch
121 soziale Gerechtigkeit – eine Politik, die solidarisch ist mit marginalisierten
122 Personen und klare Kante zeigt gegen Kapitalmacht, gegen ungehemmtes Marktregime
123 und gegen Rechts! Wir stehen ein für eine soziale Politik, die ohne Ressentiments

124 und Feindbilder auskommt und solidarisieren uns mit allen Menschen, die von
125 Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antifeminismus betroffen sind.

126 **Die Europawahl für die Auseinandersetzung nutzen!**

127 Wir wollen die Europawahl nutzen, um diese Auseinandersetzung zu führen und gegen
128 die Resignation eine fortschrittliche soziale und wirtschaftliche Perspektive zu
129 setzen. Die Politik der Austerität muss beendet werden, der Weg zu einer
130 solidarischen und modernen Politik auf EU-Ebene jetzt geöffnet werden. Auch die EU
131 muss jetzt den Mut finden zu großen Investitionen in den wirtschaftlichen Umbau, zu
132 gemeinsamen Sozialprogrammen und zu einer fortschrittlichen Migrationspolitik. Mit
133 Schuldenbremsen ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen.

134 Europa hat nur eine Chance, wenn der Kampf um gleichwertige Lebensbedingungen jetzt
135 aufgenommen wird. Dafür müssen öffentliche Investitionen ermöglicht, soziale
136 Mindeststandards gesetzt, eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen
137 eingeführt und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Wir wollen ein Europa, das
138 sich für Kooperation, Abrüstung und Entspannung einsetzt, für wirksame globale
139 Klima- und Umweltabkommen und für faire Entwicklungschancen aller Staaten. Gegen
140 die Politik der Abschottung setzen wir auf legale Zuwanderungswege und eine
141 vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der EU und mit den
142 afrikanischen Staaten generell.

143 Die rechtsstaatlichen Standards der EU dürfen nicht geschleift werden. Wir stehen
144 ein für Menschenrechte, soziale und gewerkschaftliche Rechte sowohl innerhalb der
145 EU als auch als Grundlage von Vereinbarungen mit anderen Staaten. Wer Europa will,
146 muss es den Reichen nehmen – mit dieser Botschaft gehen wir in den Europawahlkampf.

147 **Rot-Grün-Rot in Bremen: Die LINKE in der Regierungsverantwortung**

148 Das gute Ergebnis bei den Wahlen im Juli hat es ermöglicht, dass die LINKE im Land
149 Bremen wieder Teil der Landesregierung ist. Das wird keine einfache Aufgabe. Der
150 Abstand wird größer zwischen dem, was LINKE, Grüne und SPD in Bremen als gemeinsame
151 Grundlage für die kommenden vier Jahre vereinbart haben, und dem Kurs der
152 Bundesregierung, wie er sich derzeit entwickelt. Rechte Stimmungen im Land sind
153 stärker geworden, und eine fortschrittliche Antwort darauf, mit einer offensiven
154 Politik wirtschaftlicher Gestaltung und sozialen Zusammenhalts, wird stärker in
155 Konflikte mit der Bundespolitik geraten.

156 Wir setzen uns dafür ein, dass das, was wir vereinbart haben, auch realisiert wird
157 – von der Klimaschutzstrategie bis zum Ausbildungsfonds, vom Ausbau der
158 Gesundheitsversorgung bis zur Rekommunalisierung, von Sozialwohnungen und
159 kommunalen Wohnungen in allen Stadtteilen bis zu Housing First, von der Stärkung der
160 Häfen bis zur Förderung von Genossenschaften und Startups. Eine Reduzierung
161 sozialer Sicherheit auf Repression kommt mit uns nicht in Frage. Die Entlastung von
162 Menschen und Familien mit geringen bis mittleren Einkommen, für die wir bei der
163 Gestaltung des Krisenfonds gekämpft haben, bleibt weiter eine unserer zentralen
164 Aufgaben.

165 In einigen Politikfeldern müssen wir für eine konzeptionelle Weiterentwicklung

166 sorgen. Wir wollen gemeinsam mit der Fraktion einen Prozess starten, um unsere
167 Ideen und Forderungen zum Thema Bildungsgerechtigkeit zu schärfen. Als
168 sozialistische Partei brauchen wir mehr Auseinandersetzung mit Wirtschaftspolitik,
169 nicht nur in Fraktion und Regierung, sondern auch im Landesverband. Mit der
170 Zukunftswerkstatt im November werden wir uns über Fragen der Parteientwicklung
171 verständigen und darüber, wie wir unsere dezentrale Arbeit in den Stadtteilen und
172 im Landesverband verbessern.

173 **Die LINKE wieder auf Kurs bringen**

174 Die LINKE befindet sich bundesweit weiterhin in einer kritischen Situation. Die
175 Ergebnisse der letzten Wahlen und Umfragen sind uneinheitlich. Stablen bis guten
176 Ergebnissen in Berlin und Bremen, im Osten und bei Bürgermeister*innen-Wahlen von
177 Rostock bis Kassel, stehen große Schwierigkeiten in den westlichen Flächenländern
178 gegenüber. Inhaltliche Vorstöße auf Bundesebene werden regelmäßig medial überdeckt
179 durch die Spekulationen über eine bevorstehende Konkurrenzgründung aus Teilen der
180 Bundestagsfraktion heraus.

181 Wir unterstützen gemeinsam mit den anderen Landesverbänden die Beschlüsse des
182 Parteivorstands „DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten“ und den
183 „Comeback-Plan 2025“. Wir befürworten den Personalvorschlag der Vorsitzenden für
184 die ersten 4 Plätze der Eurowahlliste. Wir haben kein Verständnis dafür, dass
185 Abgeordnete der Bundestagsfraktion ihre Position missbrauchen, um die LINKE durch
186 die Idee einer Konkurrenzgründung zu schwächen, und erwarten, dass konkret
187 vorbereitende Schritte zum Ausscheiden aus der Fraktion und zur Rückgabe des
188 Mandats führen. Wir sehen keinen Sinn darin, eine neue Partei zu gründen, die vor
189 allem an Ängste und Ressentiments appelliert und sich in Agitation, Wortwahl und
190 den meisten inhaltlichen Positionen nur graduell von den Rechtspopulisten
191 unterscheiden wird. Wir sagen aber auch: Das wird die LINKE nicht schwächen. Es
192 wird uns helfen, die Haltung des Zauderns und Abwartens zu überwinden, die derzeit
193 viele, die mit uns sympathisieren, am Eintritt hindert. Wir werden weiterhin
194 kontroverse Debatten führen. Wir bleiben eine plurale sozialistische Partei. Die
195 soziale Frage hat sich weiterentwickelt, und wir müssen darüber diskutieren, wie
196 wir klassenpolitische Antworten entwickeln, die stark genug sind, auf der Höhe der
197 Herausforderungen liegen, Hoffnung und Aufbruch vermitteln. Wir rufen alle dazu
198 auf, diese Debatten innerhalb der LINKEN zu führen, denn dort gehören sie hin.

199 Bei aller landespolitischen Eigenständigkeit werden wir uns auch weiterhin in den
200 strategischen Fragen der Bundespartei positionieren. Die Laufzeit der
201 Ampelregierung wird 2025 enden. Es braucht eine starke LINKE, um für soziale
202 Gerechtigkeit und solidarische Veränderung zu kämpfen. Die Europawahl kann dafür
203 ein erster Wendepunkt sein.

Begründung

.